

SWR2 Wissen

## **Streit um Stromtrassen**

Muss norddeutscher Windstrom in den Süden?

Von Ralf Hutter

Sendung: Dienstag, 16. Juni 2020, 8:30 Uhr

Redaktion: Gábor Páal

Regie: Günter Maurer

Produktion: SWR 2020

**Die Politik sagt: Um die Energiewende umzusetzen, brauchen wir drei Starkstromtrassen, die den Ökostrom nach Süddeutschland bringen. Doch die wahren Motive sind andere.**

---

### **Bitte beachten Sie:**

Das Manuskript ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers bzw. des SWR.

---

SWR2 Wissen können Sie auch im **SWR2 Webradio** unter [www.SWR2.de](http://www.SWR2.de) und auf Mobilgeräten in der **SWR2 App** hören – oder als **Podcast** nachhören:  
<https://www.swr.de/~podcast/swr2/programm/swr2-wissen-podcast-102.xml>

### **Kennen Sie schon das Serviceangebot des Kulturradios SWR2?**

Mit der kostenlosen SWR2 Kulturkarte können Sie zu ermäßigten Eintrittspreisen Veranstaltungen des SWR2 und seiner vielen Kulturpartner im Sendegebiet besuchen. Mit dem Infoheft SWR2 Kulturservice sind Sie stets über SWR2 und die zahlreichen Veranstaltungen im SWR2-Kulturpartner-Netz informiert. Jetzt anmelden unter 07221/300 200 oder [swr2.de](http://swr2.de)

### **Die SWR2 App für Android und iOS**

Hören Sie das SWR2 Programm, wann und wo Sie wollen. Jederzeit live oder zeitversetzt, online oder offline. Alle Sendung stehen mindestens sieben Tage lang zum Nachhören bereit. Nutzen Sie die neuen Funktionen der SWR2 App: abonnieren, offline hören, stöbern, meistgehört, Themenbereiche, Empfehlungen, Entdeckungen ...  
Kostenlos herunterladen: [www.swr2.de/app](http://www.swr2.de/app)

## **MANUSKRIFT**

### **Atmo:**

Sprengung Philippsburg

### **Sprecher:**

Mitte Mai hat sich die Landschaft bei Karlsruhe etwas verändert: Die Kühltürme des Atomkraftwerks Philippsburg wurden gesprengt. Doch der Ort soll ein Schlüsselort der Energieversorgung bleiben. Denn hier ist ein großer Konverter geplant, der Strom aus der Ferne fürs regionale Stromnetz umwandelt. In Philippsburg soll nämlich das Ultranet enden, eine von drei großen Starkstromtrassen, die angeblich Windstrom aus dem Norden in den Süden bringen sollen. 50 Kilometer östlich, in Leingarten bei Heilbronn soll ebenfalls eine solche Konverteranlage entstehen. Denn dort soll die Trasse Südlink enden. 2018 war der Spatenstich. Mit dabei war damals auch Werner Götz, Chef der staatlichen Netzfirma Transnet BW.

### **O-Ton Götz Werner:**

Wir haben hier faktisch, wenn Sie so wollen, bildlich gesprochen, den Anlandepunkt von Wind aus dem Norden, und Baden-Württemberg wird künftig sehr stark abhängig sein vom Import aus dem Norden.

### **Sprecher:**

Das ist die oft gehörte Botschaft. Doch ist das wirklich so?

### **Ansage:**

Streit um Stromtrassen – Muss norddeutscher Windstrom in den Süden? Von Ralf Hutter.

### **Sprecher:**

Die drei geplanten Starkstromtrassen, die von Norden nach Süden durch Deutschland verlaufen sollen, sorgen seit Jahren für Streit. Deshalb hatte Bundeswirtschaftsminister Altmaier das Thema zwischenzeitlich zur Chefsache erklärt. Und auch er argumentiert dabei immer wieder mit der Energiewende.

### **O-Ton Peter Altmaier:**

Wenn wir wollen, dass der Strom in Deutschland sicher verfügbar ist, auch dann, wenn alle Kernkraftwerke abgeschaltet sind, dann müssen wir jetzt die Weichen dafür stellen. Vor allem im Südwesten, in Baden-Württemberg, in Bayern, in Hessen, dort muss der Strom ankommen, der im Norden produziert wird, und da ist es so, dass einfach diese Leitungen fehlen.

### **Sprecher:**

Befürwortet wird der Bau der Stromtrassen sowohl von der Bundesregierung als auch von den Grünen sowie einer Mehrheit der großen Umweltschutzorganisationen. Gegen die Stromtrassen sind einige andere Öko-Verbände, die Partei Die Linke und viele Basisinitiativen. Abweichende Stimmen gibt es außerdem an der Parteibasis der Grünen, bisweilen sogar in CSU und SPD. Betroffene Kommunen und

Landkreise beschäftigen sich seit Jahren mit der komplizierten Materie – und zum Teil sehr kritisch.

**O-Ton Harald Hillebrand, Landratsamt Regensburg:**

Diese Stromtrassen haben null Wertschöpfung für die Region.

**Sprecher:**

Sagt beispielsweise Harald Hillebrand, persönlicher Referent der Landrätin des ländlichen Landkreises Regensburg im östlichen Bayern.

**O-Ton Harald Hillebrand:**

In dem Moment, wo einer Solarzellen baut, wo einer ein Windrad baut, ist er gewerbesteuerpflichtig, das heißt, davon profitieren die Kindergärten, die Schulen, die Infrastrukturen, und das fällt halt mit Stromtrassen komplett weg.

**Sprecher:**

Die umstrittenen Nord-Süd-Trassen werden nämlich mit einer relativ neuen Technik gebaut: HGÜ – Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung. Sie eignet sich für den Transport von besonders viel Strom über besonders lange Strecken, da im Vergleich zu einer Wechselstromleitung sehr wenig Strom verloren geht. Der Nachteil: Es gibt auf der gesamten Strecke keine Abzweigung. Die Regionen, durch die so eine Trasse führt, haben also nichts davon. Drei HGÜ-Korridore sind geplant: im Osten, im Zentrum und im Westen der Republik.

**Sprecherin:**

Der Südostlink.

**Sprecher:**

Soll von Sachsen-Anhalt bis ins südöstliche Bayern verlaufen. Durch Deutschlands Zentrum soll eine Doppeltrasse führen.

**Sprecherin:**

Der Südlink.

**Sprecher:**

Er soll aus zwei Leitungen bestehen, die beide an der östlichen Nordseeküste beginnen und fast die gesamte Strecke zusammen verlaufen. Die eine Leitung endet im Nordwesten Bayerns, die andere führt weiter bis nach Großgartach, einen Vorort von Heilbronn.

Der dritte, westliche Trassenkorridor besteht seinerseits aus zwei Teilen. Der eine soll an der Nordsee beginnen und in der Nähe von Düsseldorf enden. Dort soll also Strom abfließen können. In Düsseldorf schließt sich dann ein südlicher Abschnitt an, der durch Rheinland-Pfalz und Hessen bis zum ehemaligen Atomkraftwerk Philippsburg führen soll. Er könnte auch Strom aus dem Westen aufnehmen. Dieser südliche Abschnitt heißt:

**Sprecherin:**

Ultranet

**Sprecher:**

Stromtrassen stoßen in der Bevölkerung oft auf Widerstand. Die Firmen, die die Trassen planen, bauen und dann betreiben, haben ausführliche Internetseiten aufgesetzt. Dort ist viel von Ökostrom die Rede, der zukünftig im Norden im Überfluss vorhanden sein werde, also dort geradezu wegmüsse. Windstrom für den Süden? Für Andreas Ulbig ist diese Rechtfertigung für die deutschen HGÜ-Trassen unzureichend.

**O-Ton Andreas Ulbig:**

Das ist sicher ein schönes Bild für die Medien, aber Netzausbau findet aus ganz verschiedenen Gründen statt.

**Sprecher:**

Andreas Ulbig ist Dozent für Stromnetze an der Technischen Hochschule Zürich. Der Elektrotechniker weist auf einen politischen Grund hin:

**O-Ton Andreas Ulbig:**

Es gibt ja auch ,ne europäische Koordinierung dabei, und grad die Projekte in Deutschland sind Teil dieser europäischen Koordinierung, dass man Stromhandel und Stromaustausch möglichst gut zwischen allen europäischen Regionen erreichen will. Und da geht's nicht konkret um eine Erzeugungstechnik, sondern um einen Markt, den man gerne haben möchte, den man ausbauen möchte.

**O-Ton Ralph Lenkert:**

Eine einzige Erklärung hab ich bisher gefunden, die den Leitungsausbau rechtfertigt, das ist der Transitstrom.

**Sprecher:**

Auch Ralph Lenkert glaubt nicht, dass die Nord-Süd-Trassen vor allem wegen der Energiewende gebaut werden sollen. Der umweltpolitische Sprecher der Linksfraktion im Bundestag kämpft seit Jahren gegen diese Leitungen. Er sieht sie im europäischen Stromhandel begründet. Deutschland ist in Bezug auf Strom ein Transitland. Typischerweise wird Strom aus Skandinavien und Osteuropa in die südlichen und westlichen Nachbarländer geleitet.

**O-Ton Fiete Wulff:**

Sie müssen dazu wissen, dass eines der wichtigsten Ziele der europäischen Politik der europäische Strombinnenmarkt ist.

**Sprecher:**

Sagt Fiete Wulff, Sprecher der Bundesnetzagentur.

**O-Ton Fiete Wulff:**

Das ist ein wichtiges politisches Ziel der Europäischen Kommission, und das Ziel des EU-Binnenmarkts prägt auch das europäische Recht. Insofern ist es überhaupt nicht so, dass das Dinge sind, die wir hier in Deutschland allein entscheiden könnten.

**Sprecher:**

Südlink verläuft fernab jeglicher Staatsgrenze, wurde aber, wie die anderen beiden Trassen, von der EU-Kommission offiziell zu einem Projekt im gemeinsamen europäischen Interesse erklärt. Die inländischen Leitungen sind der EU wichtig, weil sie das Transitpotenzial, in dem Fall von Deutschland, erhöhen. Der eine Teil von Südlink beginnt nämlich in Brunsbüttel, und dorthin wird demnächst eine andere Hochspannungsleitung Strom aus Dänemark bringen. Als Stromtransitland hat die Bundesrepublik Nachholbedarf: Das Bundeswirtschaftsministerium erklärt auf Anfrage von SWR2 Wissen, dass Deutschland die neue EU-Norm für Handelskapazitäten nicht erfüllt und deshalb eine Übergangsfrist bis 2025 beantragt hat, in der das deutsche Stromnetz entsprechend ausgebaut werden soll. Schafft Deutschland das nicht, droht eine zwangsweise Aufspaltung des deutschen Netzes in zwei Preiszonen, wodurch dann der Strom im Süden aufgrund der hohen Nachfrage teurer wäre. Die Bundesregierung will aber der Industrie zuliebe selbst leicht erhöhte Preise in Baden-Württemberg und Bayern verhindern.

Von diesen Zusammenhängen reden die Netzfirmer in der Öffentlichkeit nie. Vielmehr suggeriert die staatliche Firma Transnet BW auf ihren Internetseiten, ohne die Trassen gäbe es Stromausfälle:

**Zitat:**

Um die Versorgungssicherheit der Bevölkerung und der Industrie im Süden zu erhalten und die elektrische Energie aus dem Norden abzutransportieren, ist der Ausbau der Strominfrastruktur dringend erforderlich.

**Sprecher:**

Baden-Württembergs Energie- und Umweltministerium behauptet das ebenfalls. Seit 2015 beschwört Minister Untersteller von den Grünen in Pressemitteilungen immer wieder die Versorgungssicherheit, vor allem in Bezug auf Südlink. Bundes- und Landesregierungen sowie die vier großen Netzfirmer verschweigen seit Jahren die wahren Hintergründe der Hochspannungsnetzplanung.

Erledigt hat sich schon mal das Hauptargument, mit dem die Nord-Süd-Trassen von Beginn an begründet wurden: Der Stromtransport sei unabdingbar, spätestens wenn Ende 2022 alle deutschen Atomkraftwerke abgeschaltet sind. Ultralink sollte sogar schon Ende 2019 beim Abschalten des Atomkraftwerks Philippsburg zur Verfügung stehen. Die drei Trassen haben nun schon drei bis fünf Jahre Verspätung, zum Teil wird es noch mehr werden. Bisher sehen aber Fachleute deshalb noch kein Versorgungsproblem auf uns zukommen. Der AKW-Ausstieg war also offensichtlich ein vorgeschobenes Argument. In den offiziellen Dokumenten wird auch gar keine technische Notwendigkeit begründet. So ist im aktuellen Netzentwicklungsplan für 2030 Folgendes zu Südlink zu lesen:

**Zitat:**

Bayern und Baden-Württemberg werden auch im Jahre 2030 preiswerten Strom auf einem einheitlichen deutschen Strommarkt nachfragen.

**Sprecher:**

Es geht also nicht um Strom an sich, sondern um billigen Strom. Heißt: Wenn an der Küste viel Windstrom produziert wird, dann hat Süddeutschland ein Interesse an diesem dann günstigen Strom. Nach einer Notwendigkeit klingt das nicht, schon gar nicht nach einem Versorgungsengpass. Eine Stromlücke droht vor allem bei einer sogenannten Dunkelflaute, also wenn weder Sonne noch Wind in nennenswertem Ausmaß für Strom sorgen.

**O-Ton Fiete Wulff:**

Aus Netzsicht ist die Dunkelflaute eher unkritisch.

**Sprecher:**

Sagt Netzagentursprecher Wulff.

**O-Ton Fiete Wulff:**

Da stellen wir regelmäßig fest, dass wir genug Energieerzeugung in Deutschland haben. Kritisch für die Stromnetze ist dieses Starkwind-Starklast-Szenario, also hoher Verbrauch bei gleichzeitig hoher Winderzeugung, denn das führt zu Überlastungen im Stromnetz, weil der Strom, der in Süddeutschland gebraucht wird, aus dem Norden dorthin transportiert werden muss.

**Sprecher:**

Schwierig wird es in den Netzen zukünftig, wenn viel Windstrom da ist. Die Erklärung dafür liefern weder Physik noch Netzstruktur, sondern das deutsche und europäische Strommarktmodell. Das deutsche Stromnetz soll nämlich eine einheitliche Preiszone sein. Egal wo in Deutschland eine Stromhändlerin oder ein Großunternehmen Strom haben wollen, und egal wo dieser produziert wird, es sollen immer die gleichen Marktbedingungen sein. Das Bundeswirtschaftsministerium erklärt dazu auf Anfrage:

**Zitat:**

Die einheitliche Gebotszone hat den Vorteil, dass sich unabhängig vom Standort die kostengünstigsten Erzeugungstechnologien durchsetzen.

**Sprecher:**

Hinzu kommen aber noch die Kosten für den Stromtransport und die ganze dafür nötige Infrastruktur. Diese Kosten werden in Deutschland auf die Gesellschaft umgelegt. Jeder kann das an seiner Stromrechnung sehen, wo die Netzentgelte rund ein Viertel des Preises ausmachen. Über die EEG-Umlage, mit der die Energiewende ein Stück weit finanziert werden soll, wird seit Jahren zum Teil erbittert gestritten. Sie war aber nie so hoch wie die Netzentgelte, und die wurden in letzter Zeit auch noch ergänzt durch einen Extra-Posten zur Finanzierung der Anschlüsse von Meereswindparks. Die jährlichen Kosten des Stromnetzausbaus sind für die deutschen Endverbraucher die dritthöchsten in der EU. Alleine für Südlink werden die Baukosten derzeit auf zehn Milliarden Euro geschätzt, vier Millionen pro Kilometer. Die Kosten haben sich vervielfacht, weil Bayerns Regierung 2015 durchsetzte, dass die Trasse komplett unter der Erde verlegt wird. Das sollte die Proteste besänftigen. Doch die Partei Die Linke und die HGÜ-kritischen Basisinitiativen halten den Netzausbau für übertrieben. Er diene dazu, die Preise im Stromgroßhandel niedrig zu halten. Davon profitieren Industriekund\*innen, die sehr wenig Netzentgelte zahlen, in Extremfällen fast gar keine. Ralph Lenkert von der Linken ist erbost:

**O-Ton Ralph Lenkert:**

Es ist fast niemandem bewusst, dass deutsche Großunternehmen mit den billigsten Strompreis weltweit haben. Der Börsenstrompreis liegt im Moment bei viereinhalb Cent je Kilowattstunde. Viereinhalb Cent! Nicht bei fünfzehn, wie verkündet wird, für die Industrie – das ist für die normalen Industrie-Unternehmen. Für Großunternehmen liegt er bei viereinhalb Cent, mit Transportkosten und allem.

**Sprecher:**

Die Bundesnetzagentur bestätigt diese Größenordnung. Die Trassen-Kritiker argumentieren: Dieses Marktmodell ist volkswirtschaftlich nicht optimal. Der Mechanismus ist folgender: Meereswindparks können sehr billig Strom erzeugen. Weht der Wind besonders stark, kündigt sich das oft schon am Vortag an. Dann sinken die Preise an der Strombörse extrem, bisweilen sogar auf den Nullpunkt. Bei diesen billigen Preisen greifen Großkundinnen massiv zu, auch aus dem Ausland. Dann ist also besonders viel Windstrom aus dem Norden im Netz, und er muss auch noch besonders weite Wege gehen, nämlich nicht nur bis in den Süden Deutschlands, sondern auch in südliche Nachbarländer und nach Italien. Das ist das erwähnte Starklast-Starkwind-Problem. Den offiziellen Berechnungen zufolge kommt dann bisweilen auch noch zusätzlicher Strom aus Skandinavien ins deutsche Netz, der ebenfalls gen Süden transportiert werden muss. Sinn ergibt das nur unter dem herrschenden Marktdesign, das halb Europa nach billigem Windstrom von Nord- und Ostsee lechzen lässt. Nur deshalb muss der Windstrom aus dem Norden in den Süden. Es gäbe aber eine Alternative: Man könnte ihn auch innerhalb von Norddeutschland verteilen, speichern oder in Gas umwandeln.

Studien zu einer alternativen Netzplanung hat es in den letzten Jahren mehrere gegeben. Doch die Materie ist schwierig, konkrete Prognosen gibt es kaum. Felix Matthes glaubt nicht, dass es zu den Trassen eine grundsätzliche Alternative gibt. Der studierte Starkstromingenieur und promovierte Politologe ist seit fast 30 Jahren Forschungs koordinator beim Öko-Institut e.V.

**O-Ton Felix Matthes:**

Die Studien, die wir hier machen, die sind am ambitionierten Rand dessen, was technisch möglich ist.

**Sprecher:**

Er habe auch schon besonders optimistische Szenarien berechnet, in denen nicht nur im Norden, sondern auch im Süden sehr viele neue Ökostrom-Anlagen dazugebaut werden. Doch das werde nicht reichen, sagt Matthes. Die Nord-Süd-Trassen werden früher oder später nötig sein.

**O-Ton Felix Matthes:**

Ich würde mich nie darüber streiten, ob ein bestimmtes Leitungsprojekt drei Jahre früher oder später unabdingbar ist. Langfristig sind sie unabdingbar.

**Sprecher:**

Den Trassenkritikern wirft Felix Matthes vor, nicht weit genug in die Zukunft zu schauen. In den 2030er-Jahren würden sich ihre Argumente im Wesentlichen

erledigen, meint Matthes. Dann würden nämlich die Netze so viel Ökostrom transportieren müssen, dass die Trassen tatsächlich für die Versorgungssicherheit notwendig wären, und nicht wie heute primär für den Stromhandel. Der viele Ökostrom müsse nämlich dort produziert werden, wo die günstigsten Bedingungen herrschen – die Anlagen könnten nicht auf die ganze Republik verteilt stehen, denn Deutschland habe nicht genug Flächenpotenzial. Zusätzlich zum Platzmangel wäre der gesellschaftliche und politische Widerstand gegen einen großflächigen Ausbau der Ökostromerzeugung ein Problem. Das ist ja heute schon zu spüren. Also muss es das riesige Potenzial des Meereswindes richten, meinen das Öko-Institut, die Grünen und die meisten der großen Umweltschutzverbände wie die Deutsche Umwelthilfe, Germanwatch, der Naturschutzbund NABU und der WWF. Josef Hasler sieht das anders.

**O-Ton Josef Hasler:**

Die Ansätze des Öko-Instituts sind sicherlich sehr ernst zu nehmen. Der Punkt ist nur: Es geht um einen ganz anderen systemischen Ansatz, wie wir die Energiewende in unserem Land bewerkstelligen.

**Sprecher:**

Josef Hasler ist Vorstandsvorsitzender der Firma N-Ergie, die sich mit großem N, Bindestrich, schreibt. N-Ergie ist die Grundversorgerin in Nürnberg und betreibt auch in mehreren Gegenden im Umland die Energienetze. Sie verlangt unter anderem eine massiv erhöhte Ökostromerzeugung in Bayern statt des Baus der HGÜ-Trassen.

**O-Ton Josef Hasler:**

Vor dem Hintergrund, dass diese Trassen ja zur Energiewende nichts beitragen, sondern ein ganz anderes Geschäftsmodell haben, nämlich den europäischen Energiehandel.

**Sprecher:**

Auch für die Versorgungssicherheit seien diese Leitungen nicht nötig, versichert Josef Hasler. Er sieht alle Stadtwerke im Netzgebiet von N-Ergie in dieser Sache hinter sich. Der Firmenchef befürwortet sogar eine Solaranlagenpflicht für jedes neu gebaute Haus. Windparks im Meer könne sowieso kein Stadtwerk bauen, das sei ein Betätigungsfeld für große Konzerne.

Die Fachleute sind sich also uneinig, wofür Nord-Süd-Leitungen langfristig gebraucht werden. Wahrscheinlich ist zumindest der bei Heilbronn endende Südlink in einer Welt ohne Kohle- und Atomkraftwerke doch nötig, um die Versorgungssicherheit aufrechtzuerhalten. Aber das ist nicht der Grund für den Bau der Trassen. Der Grund ist der europäische Stromhandel, und die Bundesregierung verlangt auch nicht, dass importierter oder exportierter Strom ökologisch erzeugt wird. Das gibt das Wirtschaftsministerium auf Anfrage zu.

**Zitat:**

Der Strommix der Importe ist durch die Bundesregierung nicht beeinflussbar.

**Sprecher:**

Diese Trassen sollen vielmehr der europäischen Koexistenz von Ökostrom mit Strom aus Kohle- und Atomkraftwerken dienen. Nicht Ökostrom hat Priorität, sondern billiger Strom.

Anders als in Bayern wird in Baden-Württemberg darüber allenfalls verhalten diskutiert. Unter Umweltschützern gehen die Meinungen auseinander. Der Bund für Umwelt und Naturschutz, BUND, kämpft eigentlich gegen die Trassen. Anders der Baden-Württembergische Landesverband. Er hat schon im März 2015 die von Umweltminister Untersteller angestoßene Erklärung mitunterzeichnet, in der Umwelt- und Unternehmensverbände zusammen mit staatlichen Akteuren und dem Gewerkschaftsbund festhalten:

**Zitat:**

Alle Unterzeichner stellen sich den Herausforderungen der Energiewende und dem ihr dienenden Netzausbau. Sie erklären, den konstruktiven und transparenten Dialog über mögliche Trassenkorridore zu unterstützen.

**Sprecher:**

Und wie sieht es an der Basis aus? Gottfried May-Stürmer ist seit 1985 Geschäftsführer des BUND-Regionalverbandes Heilbronn-Franken. Er berichtet von Südlink-kritischen Stimmen im Heilbronner Aktionsbündnis Energiewende.

**O-Ton Gottfried May-Stürmer:**

In Heilbronn gibt's unter den Energiewende-Aktiven verschiedene Auffassungen. Von der Auffassung, Windstrom nach Süddeutschland bringen, bis zur entgegengesetzten Auffassung, dass diese HGÜ-Leitungen nur deshalb notwendig sind, weil der Strom-Markt so organisiert ist, wie er organisiert ist, dass nämlich so getan wird, als ob der Transport nichts kosten würde, als ob Deutschland quasi ‚ne Kupferplatte wär, wo man den Strom von jedem Punkt zu jedem anderen ohne Aufwand leiten kann, und der Strom überall gleich viel kosten muss.

**Sprecher:**

Diese Fundamentalkritik hat seiner Meinung nach eine Mehrheit der Leute, die zu den Bündnistreffen kommen, überzeugt – ihn selbst eingeschlossen.

Franz Wagner teilt seine Position. Er ist ebenfalls seit vielen Jahren in Heilbronn und Umgebung für die Energiewende aktiv. Er hat gegen die Atomkraftwerke gekämpft und die örtliche Energie-Genossenschaft mitgegründet. Im Aktionsbündnis Energiewende sei es nur aus Unsicherheit zu keiner klaren Ablehnung von Südlink gekommen, sagt Franz Wagner.

**O-Ton Franz Wagner:**

Es war jetzt niemand, der gesagt hat, wir haben da jetzt unbedingt ein absolutes Muss dafür.

**Sprecher:**

Dass Minister Untersteller relativ früh das erwähnte Bündnis geschmiedet hat, das prinzipiell für Südlink eintritt, habe eine offene Diskussion verhindert, meint er.

**O-Ton Franz Wagner:**

Wir haben dann immer wieder erlebt, dass tatsächlich Diskussionen abgebrochen sind, weil Leute vorfestgelegt waren: Nein, wir brauchen diese Leitungen.

**Sprecher:**

2016 hat Wagner auf einer Informationsveranstaltung zu Südlink mit Minister Untersteller seine Kritik aus dem Publikum geäußert.

**O-Ton Franz Wagner:**

Ich habe die Frage gestellt in der Diskussion, warum denn die Leitungen zwar von den Stromkunden bezahlt werden, aber letzten Endes den Konzernen gehören und deren Aktienwert erhöhen. Damals bezog ich das auf die zirka zehn Milliarden, die zu dem Zeitpunkt in der Diskussion waren für die damals geplanten vier Leitungen. Und machte den Vorschlag oder fragte, warum kann man es nicht so machen, dass es letzten Endes einen Fonds gibt, dem dann die Leitungen gehören, und der im Allgemeinbesitz ist, im staatlichen Besitz?

**Sprecher:**

Die Antwort des Umweltministers enttäuschte Franz Wagner.

**O-Ton Franz Wagner:**

Denn die war nur folgendermaßen: Volkswirtschaftlich seien zehn Milliarden ja eigentlich gar nichts, das würde gar keine Rolle spielen, insoweit könne man das einfach in Kauf nehmen.

**Sprecher:**

Auf Anfrage von SWR2 Wissen, ob sich das tatsächlich so ereignet hat und wie diese Aussage des Ministers zu erklären ist, antwortet Ministeriumssprecher Ralf Heineken schriftlich:

**Zitat:**

Das weiß ich nicht, ob sich das so zugetragen hat.

**Sprecher:**

Mit Wolf Theilacker distanziert sich ein weiteres Urgestein der Heilbronner Öko-Szene von der Stromtrassenpolitik der Landesregierung. Das ist bemerkenswert, denn Theilacker zog 1980 als erster Grüner in den Stadtrat ein und hat das Mandat mittlerweile 27 Jahre lang innegehabt. Auch heute noch ist er stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Zu Südlink sagt er:

**O-Ton Wolf Theilacker:**

Manche meinen, das sei notwendig, also mit diesem Argument: Windstrom nach Süddeutschland, das sei doch eigentlich sinnvoll und da könne ein Grüner doch eigentlich nichts dagegen sagen. Andere, dazu gehöre auch ich, meinen, es sei grundsätzlich nicht sinnvoll, diese großen Leitungen zu bauen, für sehr viel Geld, das natürlich dann auch den Kunden auferlegt wird, sondern lieber in dezentrale Speicher zu investieren.

**Sprecher:**

Solche bundesweiten Lösungen vermisst Wolf Theilacker. Er vertritt den Stadtrat im Regionalverband Heilbronn-Franken und hat dort mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien zu tun.

**O-Ton Wolf Theilacker:**

Es kommen kaum mehr neue Windkraftanlagen zur Genehmigung aufgrund von Schwierigkeiten, die die Bundesregierung da aufbaut.

**Sprecher:**

Windstrom aus dem Norden zu beziehen, hält er für wenig sinnvoll.

**O-Ton Wolf Theilacker:**

Generell denke ich, dass das Argument Windparks, Strom nach Süddeutschland, nicht so sticht, weil: Wenn der Wind stark weht, und es ist Nacht, dann braucht auch in Süddeutschland niemand Strom. Wir bräuchten also eher Speicher für den volatilen, wankelmütigen Wind, als dass wir den nach Süden übertragen.

**Sprecher:**

Die in Philippsburg endende Leitung Ultranet, der südliche Teil des Westkorridors, steht besonders in der Kritik, da über diese Trasse auch Strom aus Nordrhein-Westfalen kommen soll – wo bekanntlich kaum Ökostrom produziert wird. Die Netzfirma Amprion, die den größten Teil von Ultranet bauen soll, schreibt im Internet:

**Zitat:**

Zugleich schafft die Verbindung auch Übertragungskapazitäten, um Solarstrom aus dem Süden in die Verbrauchszentren Nordrhein-Westfalens zu leiten.

**Sprecher:**

Das klingt plausibel. In Süddeutschland gibt es viele Solarparks, weil hier die Sonne besonders stark scheint. Wenn man dann noch weiß, wie der Strom-Markt funktioniert, scheint nun eine andere Perspektive auf Ultranet angemessen. Es geht bei der Trasse offenbar nicht nur um die Versorgung des Südens, sondern auch um die des Westens. Nordrhein-Westfalen wird schon bald weniger Strom produzieren, als es selbst braucht. Mit den beiden Teilen des Westkorridors hätte das Land einerseits eine Verbindung zu den norddeutschen Windparks und andererseits eine zu den süddeutschen Solarparks. Je nachdem, wo der Strom gerade im Überfluss vorhanden und günstig ist, könnte er dann in den Westen fließen. Dann würde weder im Norden der Windstrom für windarme Tage gespeichert, noch der Solarstrom des Südens für sonnenarme Tage. Die Regeln des europäischen Strommarkts zielen auf möglichst viel Handel und Transport ab. Ob sich eine Region dauerhaft mit Ökostrom selbst versorgen kann, interessiert da nicht.

Das Grünen-geführte Umwelt- und Energieministerium Rheinland-Pfalz steht aber zu Ultranet. Auf Anfrage von SWR2 Wissen teilt es mit:

**Zitat:**

Wegen der Anforderungen an eine sichere Energieversorgung gerade auch in den südlichen Bundesländern wird das Vorhaben Ultramet grundsätzlich als sinnvoll und vertretbar bewertet.

**Sprecher:**

Auch Baden-Württembergs Umwelt- und Energieministerium bekennt sich zu Ultramet:

**Zitat:**

Auch Ultramet ist schlussendlich eine Stromleitung, die Nord- mit Süddeutschland verbindet und damit in besonderem Maß zur Versorgungssicherheit in Baden-Württemberg beiträgt.

**Sprecher:**

Fazit: Wenn gesagt wird, die heutigen Leitungen in den Süden seien zu oft überlastet, dann mag das richtig sein – aber es wird nie dazugesagt, warum sie überlastet sind. Wenn die Überlastung durch das Stromhandelsmodell bedingt wird, ist sie nicht zwangsläufig. Nicht technische Zwänge sind also ausschlaggebend, sondern wirtschaftspolitische Wünsche. Die müssten aber breit diskutiert werden. Der Heilbronner Aktivist Franz Wagner hat da schon mal einen klaren Standpunkt:

**O-Ton Franz Wagner:**

Letzten Endes laufen die Leitungen darauf hinaus, dass wir weiterhin einen Strom-Markt haben, der von großen Konzernen dominiert wird und der den Strom zu billig macht. Je mehr wir auf diese Leitungen setzen, desto weniger Engagement und auch umso weniger Geld haben wir für die eigentlichen Punkte der Energiewende, nämlich: Erneuerbare Energien, Energie-Effizienz und Energiesparen. Es muss einfach teuer sein, Strom in großer Menge zu verbrauchen. Wenn ich jetzt wieder die kleinen Stromkunden die Leitungen finanzieren lasse, deren Zweck da ist, die großen Stromkunden noch billiger mit Strom zu versorgen, dann führt das nicht zu einer Energiewende, sondern dann geht das eher rückwärts.

\*\*\*\*\*